

"Für oder gegen die Gemeinschaft?" in Courrier métallurgique (Juli 1950)

Legende: Im Rahmen der Verhandlungen über den Schuman-Plan berichtet die belgische Monatszeitschrift Courrier métallurgique im Juli 1950 über die Debatte um die Befugnisse der Hohen Behörde.

Quelle: Courrier métallurgique. Juillet 1950, n° 2; 1e année. Bruxelles: Alexandre Devis et Cie. "Pour ou contre le pool ?", p. 1.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/fur_oder_gegen_die_gemeinschaft_in_courrier_metallurgique_juli_1950-de-2ae77406-54a9-47e3-a95f-7fbde2f34c79.html



Publication date: 05/07/2016

Für oder gegen die Gemeinschaft?

Die Veröffentlichung des Memorandums der französischen Experten zum Schuman-Plan hat das Interesse an diesem für die Zukunft Europas wesentlichen Problem plötzlich wieder geweckt. Es wäre übertrieben zu sagen, dass der Inhalt dieses Dokuments begeistert aufgenommen wurde. Schon bei einer ersten Durchsicht konnte man sich der Furcht nicht erwehren, dass durch den Plan ein weit gehender Dirigismus auf internationaler Ebene Einzug hält.

Diese Meinung gründet sich auf die Befugnisse, die der hohen Behörde der Gemeinschaft übertragen werden. Diese wird nur ungefähr zehn Personen zählen, die ohne Rücksicht auf nationale Repräsentativität ernannt werden, sondern ausschließlich aufgrund ihrer Eignung. Es wird den Regierungen der Mitgliedstaaten in Gestalt der Außenminister obliegen, die am besten qualifizierten Kandidaten zu wählen. Die gewählten Amtsträger werden kollektive Befugnisse erhalten, die sie in keiner Weise an ihr Herkunftsland binden. Die Beschlüsse werden mehrheitlich gefasst werden, ohne dass es ein Vetorecht gäbe. Zudem wird die hohe Behörde von einer Versammlung kontrolliert werden – hervorgegangen aus den Parlamenten der teilnehmenden Staaten –, die einmal pro Jahr zusammentreten wird. Die allgemeine Verantwortung der Behörde wird durch eine Beschwerdeinstanz ergänzt werden, die den Staaten und möglicherweise den privaten Unternehmen offen steht.

Bekanntlich soll der Plan zu einer Politik des wirtschaftlichen Aufschwungs, der Vollbeschäftigung und der Verbesserung der Lebensstandards der Arbeitnehmer beitragen. Der Hoheitsbereich der hohen Behörde umfasst die Preise, die Löhne und Gehälter sowie die Einrichtung von Produktions- und Modernisierungsprogrammen. Sie kann Unternehmen Kredite oder Spenden gewähren, um Investitionen zu fördern, die notwendigen Umschulungen zu unterstützen und die Entwicklung neuer Aktivitäten zu initiieren. Dazu erhält sie finanzielle Ressourcen, die aus Beiträgen einiger begünstigter Unternehmen stammen; außerdem kann sie Anleihen ausgeben.

Übergangsweise wird ein Ausgleichsfond geschaffen, um Unternehmen, die sich dem gemeinsamen Markt nicht von Anfang an anpassen können, vorläufige und zwangsläufig degressive Unterstützung zu leisten.

Zur Realisierung des gemeinsamen europäischen Marktes werden die Staaten die Zölle und sämtliche mengenmäßigen Beschränkungen abschaffen.

Wie man sieht, beinhaltet der Plan eine gewisse Veräußerung der Souveränität der Unterzeichnerstaaten. Deshalb waren seine Modalitäten am letzten Samstag Gegenstand einer aufmerksamen Prüfung im kleinen Ministerausschuss. Das kürzliche Missgeschick von Paris muss unbedingt vermieden werden: Belgien, das in gewisser Leute Augen zu reich ist, wäre um ein Haar sehr schlecht für seinen guten Willen und seinen Altruismus belohnt worden, als es im Rahmen der Europäischen Zahlungsunion Verbindlichkeiten zugeteilt bekam, die seine Möglichkeiten überstiegen.

Ein Kommuniqué aus offizieller Quelle, das Samstag veröffentlicht wurde, förderte einige große Schwierigkeiten zu Tage. Es ist wichtig, dass unsere Regierungen ihre Einwände in aller Offenheit geltend machen, denn man kann Belgien keinesfalls verdächtigen, gegen die Grundsätze des Planes zu sein. Der Premierminister bekräftigte das am letzten Freitag noch einmal förmlich vor dem Parlament. Aber es ist wichtig, dass der Plan ein gemeinsames Werk ist, wo Vorteile und Opfer alle Mitglieder betreffen und nicht den einen oder anderen im Besonderen. Seine Verfechter müssen sich nicht nur von der Solidarität, sondern auch von der Gleichheit antreiben lassen; so wird eine Idee materialisiert werden, aus der ein für immer vereintes Europa hervorgehen muss.

Schließlich zeigen die aktuellen Ereignisse in Korea ganz deutlich – sollte das noch notwendig gewesen sein –, dass angesichts der bolschewistischen Gefahr, die bei jeder günstigen Gelegenheit weiter vordringt, die westlichen Nationen die zwingende Pflicht haben, sich zusammenzuschließen, um dieser Gefahr nicht zu erliegen.